

d·i·e

Deutsches Institut für
Entwicklungspolitik



German Development
Institute

Ohne Entwicklungspolitik keine
Bewältigung internationaler Krisen
– aber dafür muss sie sich ändern

Von Imme Scholz,
*Deutsches Institut für
Entwicklungspolitik (DIE)*

Die aktuelle Kolumne

vom 09.01.2017

Ohne Entwicklungspolitik keine Bewältigung internationaler Krisen – aber dafür muss sie sich ändern

Bonn, 09.01.2016. Wie werden wir in 12 Monaten das Jahr 2017 bezeichnen? 2015 war ein Jahr, in dem es der Staatengemeinschaft gelungen ist, wegweisende Beschlüsse für Klimaschutz und eine global nachhaltige Entwicklung zu fassen. Dadurch war das Vertrauen vieler in die Möglichkeiten entschlossener internationaler Kooperation wieder gewachsen. Jedoch hat sich im Jahr 2016 mit dem Brexit in Großbritannien, dem Wahlergebnis in den USA und den Wahlerfolgen der AfD in Deutschland gezeigt, dass dieses Vertrauen bei vielen Menschen in Europa und den USA nicht vorhanden ist. Schlimmer noch: Internationale Kooperation und Verflechtung werden als unnötig oder sogar schädlich für den Wohlstand im eigenen Land gesehen. Nationale Interessen, nationale Politik sollen wieder im Vordergrund stehen und Lösungen bereitstellen.

2017 wird also das Jahr sein, in dem um die Bedeutung, die Ziele und Inhalte sowie die Formen internationaler Kooperation gerungen werden muss. Wahlkämpfe in Deutschland auf Bundes- und Landesebene bilden dafür den politischen Rahmen. Auf diese Fragen müssen Antworten gegeben werden: Inwiefern ist es nicht nur menschlich geboten, sondern politisch zwingend notwendig, bei Entscheidungen im eigenen Land auch das Recht auf ein menschenwürdiges Leben derjenigen zu berücksichtigen, die nicht bei uns leben bzw. zukünftiger Generationen? Inwiefern sind wir für unser eigenes Wohlergehen darauf angewiesen, dass andere ebenfalls unsere Rechte mitdenken? So banal es klingen mag: Wir leben in einer verflochtenen, globalisierten Welt, deren Probleme nicht durch nationale Alleingänge zu lösen sind.

Die *Prinzipien* der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung geben Antworten auf diese grundsätzlichen Fragen: Nachhaltigen Wohlstand zu erreichen ist eine *universelle* Aufgabe, deren Ziele unteilbar sind und von Gesundheit über Bildung, menschenwürdige Arbeit, Infrastruktur, Innovation bis zum Klima-, Umwelt- und Meeresschutz reichen. Sie erfordert internationale Zusammenarbeit, denn es geht um Solidarität und globale Gemeingüter. Die *Ziele gelten erst dann als erreicht, wenn es auch den Armen besser geht*: Wohlstand, der sie nicht erreicht, ist keiner.

Was diese Prinzipien für deutsche und europäische politische Entscheidungen bedeuten, werden wir in den nächsten Jahren ausbuchstabieren müssen, wenn wir innen- und außenpolitische Ziele nachhaltiger Entwicklung definieren und erreichen wollen. Dabei müssen wir unsere politischen, wirtschaftlichen, kulturellen Außenbeziehungen daraufhin prüfen, ob sie sich an diesen Prinzipien orientieren und welche Regeln verändert oder anders ausgelegt werden müssen, damit sie ein faires Miteinander befördern.

Die Bundesregierung will die Präsidentschaft der G20 nutzen, um diesen Anspruch voranzubringen und zu verwirklichen. Sie setzt dabei auf die Unterstützung der

gesellschaftlichen Kräfte: Wirtschaft, Wissenschaft, Organisationen der Zivilgesellschaft und der Frauen, die Gewerkschaften. Das ist eine richtige Entscheidung, denn gerade wenn die gemeinsame normative Handlungsgrundlage und Orientierung der G20-Staaten politisch fragil erscheint, weil Macht neu verteilt wird (wie etwa in den USA und in Europa), wird meistens auch damit einhergehende Verantwortung neu definiert.

Das Prinzip der *Universalität* fordert von Entwicklungspolitik dazu beizutragen, dass Entwicklungs- und Schwellenländer sich bei nachhaltiger Entwicklung in den Industrieländern einbringen können: Aus dem klassischen Nord-Süd-Gefälle soll eine globale Partnerschaft auf Augenhöhe entstehen. Das bedeutet, sich auf wechselseitiges Lernen und Verändern zwischen ungleichen Partnern aus allen Ländergruppen einzulassen.

Die Geberstaaten müssen sich mehr als zuvor an den Prioritäten der Partner orientieren und stärker koordiniert und arbeitsteilig vorgehen, um der *thematischen Breite und Unteilbarkeit der Agenda* gerecht werden zu können. Die europäische Entwicklungspolitik hat dafür gemeinsame Verfahren vereinbart, die einen guten Rahmen bieten, ebenso Weltbank und Regionalbanken und die UN-Organisationen. Mit neuen Akteuren wie der *Asian Infrastructure Investment Bank* und der *New Development Bank* muss die Kooperation ebenfalls gesucht werden. Nur so und nicht anders kann erreicht werden, dass alle *Sustainable Development Goals* bearbeitet und alle Länder dieser Erde von den gemeinsamen Anstrengungen profitieren.

Um die *internationale Kooperation* zu stärken, reicht die Erhöhung des entwicklungspolitischen Budgets nicht aus. Vielmehr ist notwendig, einen langen Atem mitzubringen, denn solche fundamentalen Veränderungsprozesse sind nicht in kurzen Zeiträumen erfolgreich zu bewerkstelligen. Kooperation braucht daher mittelfristig gültige, gemeinsam verabredete Ziele und Ergebnisse, auf die sich alle Beteiligten verlassen können. Mut zu innovativen Ansätzen gehört ebenso dazu wie Fehlertoleranz.

Und schließlich muss die *Verteilungsfrage* angegangen werden: Entwicklungspolitik muss den Armen und Schutzbedürftigen dienen, direkt und indirekt. Das kann Entwicklungspolitik aber nicht ohne die Unterstützung anderer erreichen: Sie braucht motivierte Regierungen und effektive rechenschaftspflichtige Institutionen in den Partnerländern. Deutliche Anstrengungen in der deutschen und europäischen Handels- und Außenwirtschaftspolitik, in der Finanz- und Steuerpolitik, in der Außen- und Sicherheitspolitik sind dazu ebenso notwendig – dies nicht nur, um Schaden für die Armen und Schutzbedürftigen zu vermeiden, sondern um ihr Recht auf ein menschenwürdiges Leben zu befördern.